

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindronner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Rösenischen Park 2.

Inserate für die oberspaltene Zeitspalte ober deren Raum 60 Pfg.
Vergilgungsanzeigen und Arbeitervereinstellungen 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

IV.

Ausgangspunkt der Sozialdemokratie.

hr. Durchaus anders wie der Ausgangspunkt, der den Weg zur Gewerkschaft eröffnet, ist der Ausgangspunkt der Sozialdemokratie. Nicht aus dem Wesen des Einzelbetriebes und aus den Schwierigkeiten, die den Arbeitern in ihm erwachsen, entsteht die Notwendigkeit bei Millionen Proletariern, Sozialdemokraten zu werden. Eine im Anfange sicherlich recht nebelhafte Erkenntnis von dem gesellschaftlichen Aufbau, von der Konzentration der Massenvermögen und von der Ausbeutung der proletarischen Masse führt zu einer kritischen Stimmung der bürgerlichen Gesellschaft, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihrer staatlichen Ausdrucksform gegenüber. Der einzelne fühlt sich, wenn er Proletarier ist, hoffnungslos der Gewalt kapitalistischer Entwicklung gegenüber. Er erkennt die Unmöglichkeit, jemals selbstständig zu werden, und es wird ihm immer klarer, daß er dauernd ein Abhängiger, stets ein bloß auf den Ertrag seiner Arbeit Angewiesener sein wird. Er ist ein Nichtbesitzer und erkennt, daß er immer ein Nichtbesitzer bleiben wird. Er hat keine Produktionsmittel, und er muß sich dem unterordnen, der, obgleich er nicht wirkt und schafft, eine gesicherte Existenz hat, weil er eben Besitzer der Produktionsmittel ist, des Grund und Bodens, der Felder und Wälder, der Häuser und ihrer Einrichtung, der Werkzeuge und Maschinen, alles dessen, womit neue Werte erzeugt werden. Die Erkenntnis von der dauernden Trennung des Arbeiters von dem Produktionsmittel führt die Arbeiter zu der Erkenntnis, daß innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise nur denen Vorteile blühen, die im Besitze dieser Produktionsmittel sind. Während sich eine schmale Schicht von Kapitalisten und Großgrundbesitzern alle wirtschaftlichen und damit auch den größten Teil aller kulturellen Vorteile der heutigen Gesellschaft ausschließlich sichert, erfahren der besitzlose Arbeiter, die besitzlose Arbeiterin, daß sie nicht nur den schwierigen Kampf ums Dasein führen, nicht nur mit den größten Einschränkungen ihren Haushalt zu führen haben, daß ihnen selbst diese Vorteile nicht dauernd sicher sind, daß sie infolge der wirtschaftlichen Krisen und der Arbeitslosigkeit mit einer allgemeinen Unsicherheit ihrer Existenz rechnen müssen, die aufs innigste verknüpft mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist.

Arbeiter und Arbeiterinnen erkennen, daß durchaus entgegengelegte Interessen Besitzende und Besitzlose bestimmen. Sie sehen, daß immer mehr bisher Selbständige, Kleinbürger, Handwerker, Händler, Bauern, in das weite Heer des Proletariats von dem sie niederfonturrierenden Kapitalisten geworfen werden, daß die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, die als Besitzlose immer für die Kapitalisten arbeiten müssen, immer größer wird, während die Zahl derer, die aus der Ausbeutung der Proletarier, aus der Aneignung des Mehrwerts ihrer Arbeit, einen immer steigenden Reichtum schöpfen, immer kleiner und enger wird.

Die Gegensätzlichkeit der Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen, aller Arbeiter und Arbeiterinnen, der durch Interessengemeinschaft zu einer Klasse vereinigten Arbeiter und Arbeiterinnen, diese Gegensätzlichkeit der Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen, die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zu denen der sich an ihnen bereichernden Kapitalisten verschiedenster Art, der industriellen Unternehmer, der Kaufleute, der Agheder, der Bankiers, der Aktionäre, der Großgrundbesitzer und all der anderen Eigner der Produktionsmittel, die auch eine Gemeinschaft bilden, die als Klasse der Besitzenden zum Ausdruck gelangen: diese Gegensätzlichkeit der Interessen, der beiden großen Wirtschaftsklassen, führt naturnotwendig zu einem Klassenkampf. Dieser Klassenkampf der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter, aber ebenso der Ausbeuter gegen die Ausgebeuteten erwächst naturnotwendig aus den Voraussetzungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, und er ist mit ihr unzerstörbar verknüpft. Die Ausbeuter, die Kapitalisten verschiedenster Art, die man zusammenfaßt in dem Begriffe der Bourgeoisie (sprich Vorklasse) stehen gegenüber und finden sich gegenüber dem Proletariat, d. h. der Klasse der Arbeiter, aber auch den versinkenden Mittelschichten, Kleinbauern und Bauern, deren Besitz sie mit unabweislicher Gewalt an sich ziehen, während sie die Träger dieses Besitzes vor sich abstoßen und in das Proletariat werfen. So stehen sich diese beiden Klassen unversöhnlich gegenüber, mag noch so viele Harmonie ihrer Interessen von vielleicht das Beste wollenden, oder die Welt nicht kennenden Predigern geistlicher und weltlicher Art behauptet werden.

Ins Riesenhafte wächst der Reichtum der Besitzenden, ins Gewaltige steigt sich das Elend und die Unsicherheit der Besitzlosen. Überall wächst die Erkenntnis in den breiten Massen dieser nicht als ihre Arbeitskraft besitzenden Gruppen, daß Unsicherheit ihrer Existenz, das Elend, die Knechtung, die Erniedrigung und die Ausbeutung steigen müssen, solange eben diese kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht und von allen, die an ihr interessiert sind, mit allen Mitteln auf das rücksichtsloseste verteidigt wird.

So sehen die Arbeiter und Arbeiterinnen in dem Fortbestand dieser Staats- und Gesellschaftsordnung und des privaten Eigentums an Produktionsmitteln, auf dem sich der stolze Bau dieser Gesellschaft erhebt, die Ursache ihrer unsicheren und vielfach traurigen Existenz. Der Kampf gegen dieses Privateigentum an den Produktionsmitteln, das Streben, die Voraussetzung dieser heutigen Ordnung, aufzuheben zu lassen, erfüllt in immer höherem Maße die zum Bewußtsein ihrer Lebensbedingungen erwachende und erweiterte Klasse des Proletariats. Sie strebt deshalb die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, die Umwandlung der unsere Gesellschaftsordnung kennzeichnenden Warenproduktion in die sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion an. Das Proletariat kommt zum Willen, die kapitalistische Wirtschaftsordnung durch ihre gesellschaftliche Umwandlung überzuführen in die sozialistische Wirtschaftsordnung. Das Proletariat erkennt, daß nur so der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für diese ausgebeuteten Klassen aus einem Quell des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommenung werde.

Diese Zusammenfassung des Proletariats und die Ziele, die es sich gesetzt hat, führen zu der schärfsten Abwehr der an der Erhaltung der heutigen Ordnung auf das lebhafteste interessierten Besitzenden. Sie finden sich in mannigfachen Vereinigungen, vor allem in politischen Parteien zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zusammen, sie schließen sich über den Kreis der Parteien hinaus zusammen zum besonderen Zwecke der Bekämpfung des Proletariats, sowohl seiner weit ausschauenden Wünsche wie seinen mannigfachen Forderungen, die sich auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verwirklichen lassen. Viele dieser Forderungen der Arbeiterklasse haben die bürgerlichen Parteien früher selbst aufgestellt, aber sie werden nun von denen aufs heftigste befehdet, weil sie zu proletarischen Forderungen geworden sind. So ergibt es sich ganz naturgemäß, daß die Arbeiterklasse und die kapitalistische Klasse ununterbrochene Kämpfe führen, die man als Klassenkampf zusammenfaßt, die vornehmlich einen politischen Charakter tragen.

V.

Die Gegner im Klassenkampf.

Eine ganz andere Kampfesstellung als in den früher gekennzeichneten Kampfesreihen der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände tritt im politischen Kampf auf. Nun stehen sich nicht mehr beruflich umschriebene Gruppen von Arbeitern und Unternehmern des gleichen Gewerbes gegenüber, nun fallen diese beruflichen Unterscheidungen völlig weg und die Arbeiter, ob sie am Webstuhl oder an der Drehbank, ob sie am Schraubstock oder mit der Lötlampe, ob sie im Schatten gewaltiger Fabrikschloten oder auf einem Dampfschiffe, ob sie in einem Hafen oder im Walde als Holzschläger, ob sie als Fischer oder als Pflüger arbeiten, ob sie im Zeichensaal einer Fabrik oder im Kaufmannsladen als Verkäufer wirken, sie alle, die nur über ihre Arbeit verfügen, die die Produktionsmittel anderer anwenden müssen, sie alle bilden nun eine Gemeinschaft, bei der die Berufszugehörigkeit völlig in den Hintergrund tritt, da die Unterscheidung von Angestellten und Arbeitern, von Fabrikarbeitern und Handwerksarbeitern, vom gelernten und ungelerten Arbeiter, vom dem Industrie- und Transportarbeiter, vom Forst- und Landarbeiter für den politischen Kampf fast vollständig bedeutungslos wird. Plötzlich sehen wir nun eine durchaus andere Gemeinschaft, eine in jeder Hinsicht von der gewerkschaftlichen Gemeinschaft wesentlich verschiedene Gemeinschaft, zusammengesetzt im Kampfe der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse.

Aber auch diese Kapitalistenklasse ist etwas durchaus Wesentliches von den Gegnern der Arbeiter im gewerkschaftlichen Kampf. Auch hier schwinden die Unterschiede des Berufes, alle Besitzenden vereinigen sich zu einer gewaltigen Gemeinschaft gegen die Besitzlosen. Der Metallindustrielle und der Holzindustrielle, der große Spinnereikonig und der Kohlenbaron, der Schiffsfahrtsinteressent und der Speditur, der Großhändler, der Warenhausbesitzer, der Groß-

grundbesitzer und der Bauer, sie alle vereinigen sich zur Erhaltung ihres Besitzes, zur Sicherung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gegen alle Angriffe auf das private Eigentum durch die besitzlosen Massen der Proletarier.

So sehen wir die beiden Kampfgruppen, die als Bourgeoisie und als Proletariat einander gegenüberüberstehen, durchaus verschieden von den beiden Gruppen, die wir bei den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen als natürliche Gegner, als Unternehmer und Arbeiter, oder wie man — durchaus unzutreffend — sagt, als Arbeitgeber und Arbeitnehmer kennen gelernt haben. (Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftliche Monatschau.

Januar.

Die allgemeine Wirtschaftslage ist nach wie vor wenig erfreulich. Es wird zwar berichtet, daß sich in verschiedenen Zweigen der Verfeinerungsindustrie ein frischer Aufschwung bemerkbar mache, daß besonders im Bekleidungsgebiete die Bestellungen lebhafter eingingen und infolgedessen die Stimmung in der Textilindustrie zuversichtlicher werde. Auch in anderen Gewerbezweigen sollen Anzeichen für eine Neubelebung der Konjunktur vorhanden sein. Aber trotzdem wird man gut tun, sich nicht übermäßig optimistischen Hoffnungen hinzugeben. Erfreulich ist es, daß die Geldknappheit zu weichen beginnt. Es werden wieder Hypothekengelder in größerer Menge angeboten. Der Hypothekenzinssfuß ist aber noch so hoch, daß es einigermaßen gewagt erscheint, mit einer starken Belebung der darniederliegenden Wirtschaft zu rechnen.

Die Aussichten für eine Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt sind nicht sehr rosig. Selbst wenn die Anzeichen für eine Besserung der Konjunktur nicht täuschen, muß damit gerechnet werden, daß sich die Entlastung des Arbeitsmarktes nur langsam bemerklich machen wird. Das Ueberangebot an Arbeitskräften, besonders in den Großstädten, ist so groß, daß schon eine sehr starke Belebung des Geschäftsganges notwendig wäre, um wieder annähernd normale Verhältnisse herbeizuführen. Ein wirklich kräftiger Konjunkturaufschwung ist aber für die nächste Zeit kaum zu erwarten. Dagegen spricht die bedeutende Erntelücke der gewerblichen Unternehmungslust. Im Januar 1914 wurden nur 40 845 000 M. in Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. neuinvestiert, gegen 101 103 000 M. im Januar vorigen Jahres. Die Summe der Neuinvestitionen gemessen, blieb die Unternehmungslust im ersten Monat dieses Jahres weit hinter dem Vergleichsmonat aller früheren Jahre zurück.

Die Statistik des Außenhandels zeigt für den Monat Januar, verglichen mit dem entsprechenden Monat des Vorjahres, einen Rückgang der Einfuhr, und zwar von 54 174 590 Doppelzentner im Werte von 971,73 Millionen Mark auf 48 958 375 Doppelzentner im Werte von 829,34 Millionen Mark. Dagegen stieg im gleichen Zeitraum die Ausfuhr von 55 516 612 Doppelzentner im Werte von 772,50 Millionen auf 58 780 890 Doppelzentner im Werte von 806,62 Millionen Mark.

In der Holzindustrie ist der Geschäftsgang überwiegend ungünstig, doch gibt es auch größere Betriebe, die gut, zum Teil sogar sehr gut beschäftigt waren. Nach vorliegenden Einzelberichten, die sich auf 38 größere Betriebe erstrecken, sind in der Möbelindustrie-Geschäfte, die irgendein Spezialgebiet pflegen, und Werkstätten, in denen Möbel nach Entwürfen von Künstlern hergestellt werden, besser beschäftigt als die Betriebe, in welchen Durchschnittswaren und billigere Möbel angefertigt werden. Am schlechtesten ist der Geschäftsgang in Süd- und Südwestdeutschland. Besser als in der Möbelindustrie ist der Geschäftsgang in der Pianoforteindustrie. Es liegen Berichte aus 17 Betrieben vor, die 4740 Arbeiter beschäftigen; nur von fünf Betrieben wird berichtet, daß sie schlecht beschäftigt seien. Auch hier ist der Geschäftsgang im Süden, besonders in Stuttgart, schlecht, schlechter als in Mitteldeutschland. Von fünf Bürstenfabriken mit zusammen 1668 Arbeitern berichten zwei über schlechten, zwei über befriedigenden und eine über guten Geschäftsgang. Die Berichte aus den Waggonfabriken lauten zum Teil befriedigend, zum Teil sehr gut; auch die Werke sind nach den vorliegenden Berichten gut beschäftigt. Dagegen sind die Automobilfabriken schlecht beschäftigt, und ebenso ist der Geschäftsgang in den Röhmaschinenfabriken im Allgemeinen sehr schlecht.

Wie im Gewerbe im Allgemeinen, so war auch in der Holzindustrie die Unternehmungslust im Januar wenig rege. Es wurden nur 199 130 M. neuinvestiert gegen 2 720 000 M. im gleichen Monat des Vorjahres. Im

Berichtsmonat wurden sechs Gesellschaften mit einem Kapital von insgesamt 184 000 M. neu gegründet und eine Gesellschaft hat ihr Kapital um 15 180 M. erhöht. Diese Kapitalerhöhung betrifft die Ravensberger Möbelfabrik G. m. b. H. in Gohfeld (Dognhausen), deren Stammkapital nunmehr 36 180 M. beträgt. Von den Neugründungen seien genannt: Hildebrand u. Beyer, Möbelfabrik G. m. b. H. in Osthofen (Rheinheffen), Geschäftsführer: Justus Hildebrand in Mülheim bei D. und Wilhelm Beyer in Osthofen. Stammkapital: 24 000 M. — Kregschmar u. Co. G. m. b. H., Sägewerk, Holzbearbeitung, Bau- und Möbelfabrikerei in Breslau. Geschäftsführer: Karl Kregschmar. Stammkapital: 20 000 M. — Württembergische Spezialmöbelfabrik Wild u. Co. G. m. b. H. in Endlingen (Vödingen). Geschäftsführer: Franz Wild in Offonbach a. M. Stammkapital: 30 000 M. — Ottosche Leiter- und Leitergerüst-Bauanstalten Heinrich Otto G. m. b. H. in Rön a. Rh. Geschäftsführer: Heinrich Otto. Stammkapital: 30 000 M.

Die Einfuhr von Bau- und Nutzholz war im Januar bedeutend geringer als im Dezember, aber auch im Vergleich zum Januar 1913 zeigt sie einen beträchtlichen Rückgang. Es wurden 2 815 403 Doppelzentner im Werte von 15 652 000 M. eingeführt gegen 3 004 465 Doppelzentner im Werte von 21 153 000 M. im Januar 1913. Im Gegensatz zur Holzeinfuhr zeigt die Ausfuhr von Holzwaren im Januar eine nicht unwesentliche Steigerung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Sie betrug 58 434 Doppelzentner im Werte von 5 455 000 M. gegen 50 331 Doppelzentner im Werte von 4 266 000 M. im Januar 1913. Die Ausfuhr von Bürsten, Pinseln und Siebwaren war geringer als im Dezember, aber beträchtlich höher als im Januar 1913. Sie stieg von 1866 Doppelzentner im Werte von 735 000 M. auf 2272 Doppelzentner im Werte von 950 000 M. Die Ausfuhr von Musikinstrumenten erfuhr im Januar, verglichen mit dem entsprechenden Monat des Vorjahres, einen Rückgang, der um so bemerkenswerter ist, als seither eine andauernde Aufwärtshbewegung der Ausfuhr zu konstatieren war. Bei Klavieren und Harmoniums ging die Ausfuhr von 17 378 auf 16 556 Doppelzentner zurück, noch stärker ist der Rückgang bei Klavaturen usw., nämlich von 1748 Doppelzentner auf 1037 Doppelzentner. Dagegen ist die Ausfuhr von Streichinstrumenten von 418 Doppelzentner auf 436 Doppelzentner gestiegen.

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie zeigt andauernd ein ungünstiges Bild. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise ist der Andrang von 406,7 Arbeitsuchenden auf je 100 offene Stellen im Dezember auf 326,6 im Januar zurückgegangen. Dieser Rückgang des Andranges im Januar ist eine regelmäßig eintretende Erscheinung. Es hat auch wenig zu sagen, daß die Abnahme der Spannung zwischen Angebot und Nachfrage diesmal stärker war als in den letzten Jahren, denn die Andrangsziffer im Januar ist noch ganz außergewöhnlich hoch. Im Januar 1912 kamen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 224,7 Arbeitsuchende, im Januar 1913 227,0, im Januar 1914 war sie auf 326,6 angewachsen. Wie trübe die Lage im Holzgewerbe ist, zeigt ein Vergleich mit dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Nach den Aufzeichnungen aller berichtenden Arbeitsnachweise kamen im Januar auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 172,0 Arbeitsuchende. (Nach Geschlechter getrennt waren es 221,0 männliche und 104,0 weibliche Arbeitsuchende.) Der Andrang der Arbeitsuchenden in der Holzindustrie übersteigt somit den Gesamtdurchschnitt ganz beträchtlich. Dem starken Andrang an den Arbeitsnachweisen entspricht auch die andauernd hohe Arbeitslosenziffer. Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen im Januar geringer geworden als sie im Dezember war. Während Ende Dezember 11,00 Prozent der Berichtsbetriebe arbeitslos waren, ging die Arbeitslosenziffer Ende Januar auf 7,70 Prozent zurück. Am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres wurden aber nur 4,37 Prozent Arbeitslose gezählt, und selbst im Jahre 1909, welches die bisher höchste Arbeitslosenziffer im Januar brachte, waren nur 7,07 Prozent Arbeitslose gezählt worden.

Von den Aktiengesellschaften der Holzindustrie haben im Januar nur drei ihre Bilanzen veröffentlicht. Ein günstiges Ergebnis erzielte die Waggonfabrik A.-G. von H. Herbrand u. Co. in Köln-Chrenfeld. Das Aktienkapital betrug im Berichtsjahre 3 600 000 M. Die Dividende, die im Vorjahre 9 Prozent betrug, konnte auf 10 Prozent erhöht werden. — Die Vereinigten Möbelfabriken Germania in Lauterburg arbeiteten auch im letzten Jahre mit Verlust; eine Dividende konnte deshalb nicht verteilt werden. Das gleiche gilt auch für die Bürstenfabrik A.-G. Schönau i. W., die ebenfalls, wie im Vorjahre, keine Dividende verteilte.

Die Gefängnisarbeit in Bayern. (Schl.)

K. Aus den Vertragsbestimmungen für Unternehmer sind bemerkenswert die Bestimmungen, die einen unzulässigen Wettbewerb unterbinden sollen. Es ist solchen Unternehmern verboten, Gegenstände irgendwelcher Art auf Bestellung für Personen am Orte der Strafanstalt oder an Orten die nicht weiter als 15 Kilometer von der Strafanstalt entfernt sind, durch Gefangene herstellen zu lassen. Es ist auch unzulässig, Bekanntmachungen zu erlassen, in denen die Gefängnisarbeit als Strafanstaltsarbeit angeboten werden, dergleichen dürfen ja trotz mit Bezeichnungen versehen sein, die dem Anschein erwecken, als kämen die Gegenstände vom Auslande. Die Unternehmer sind verpflichtet, im Falle einer Verweigerung ihres Arbeiterstammes im

eigenen Betriebe infolge schlechten Geschäftsganges, zunächst den Anstaltsbetriebe einzuschließen, und freie Arbeiter dürfen sie deshalb nicht entlassen, weil sie in den Arbeitskräften der Gefangenen Ersatz finden. Im Falle eines Streiks bei einem Unternehmer, der in einer Strafanstalt arbeiten läßt, dürfen die Anstaltsverwaltungen dem Unternehmer keine größere Zahl von Gefangenen als die vertragmäßige zur Verfügung stellen und mehr oder andere Arbeiten als bisher für ihn gelieferte nicht übernehmen. Verboden ist es den bayerischen Strafanstalten, für einen Unternehmer, der bisher in keinem Vertragsverhältnis zur Justizverwaltung stand, bei Ausbruch eines Streiks unter seinen Arbeitern, Arbeiten für diesen zu übernehmen.

Die Zahl der für Unternehmer arbeitenden Gefangenen ist in den bayerischen Strafanstalten immerhin eine recht beträchtliche. Sie betrug in der Zeit vom April 1911 bis 1. April 1913 durchschnittlich 2150 männliche und 92 weibliche, zusammen 2242 Gefangene oder 41 Prozent der sämtlichen beschäftigten Anstaltsinsassen. Die größte Zahl der für Unternehmer beschäftigten Gefangenen werden mit Maschinenstrumpfpflichterei beschäftigt. In sieben Anstalten 426 Gefangene. Die vier Firmen, für die gearbeitet wird, sind außerbayerische Firmen, die in der Rheinprovinz, in Westfalen und Berlin ihren Sitz und Absatzgebiete haben; ein Teil der Waren geht nach dem Ausland. Die Arbeitslöhne, die von den Unternehmern der Strafanstalt zu zahlen sind, bewegen sich zwischen 75 Pf. und 1 M. pro Tag für den beschäftigten Gefangenen. In der Zahl der Beschäftigten folgt dann die Fabrikation von Schuhen, Hausschuhen, Pantoffeln aus Leder, Filz, Luch und Plüsch. Daneben werden auch Sandalen gefertigt. Auf diese Weise werden 420 Gefangene beschäftigt. Der Lohn schwankt zwischen 58 und 78 Pf., der der Jugendlichen beträgt 35 Pf. 78 Gefangene werden noch mit weiteren Schuhmacherarbeiten beschäftigt, als Nähen und Zwicken von Schuhen, Schuhkästen und dergleichen. Die weiteren Arbeiten sind Zureichten von Brillengläsern, Kleben von Düten, Papier und Mustertafeln, Fertigen von Militärtarnistern, Schulranzen, Gamaschen, Wäschefäden, Metermaßen, Webereiprodukten aller Art, Anzügen für Schiffsheizer usw. Weibliche Gefangene werden mit Näharbeiten, Ketten von Rosenkränzen usw. beschäftigt.

In der Holzindustrie zählenden Arbeiten werden beschäftigt in der Gefangenenanstalt in Laufen mit Korbmacherei 65 Gefangene, bei einem Arbeitslohn von 60 Pf., der vom Unternehmer an die Anstalt gezahlt wird. Auf je 100 in Bayern in der Korbmacherei und Korbflechterei erwerbstätige Personen trafen 0,74 Gefangene, auf 100 beschäftigte Gefangene 1,20 in diesem Arbeitszweig. hergestellt werden Obst- und Besandkörbe einfachster Art. Die Bearbeitung geschieht teils im Handbetrieb, teils unter Verwendung von Maschinen, die durch Motore angetrieben werden.

Mit der Anfertigung von Spazier- und Schirmstöcken werden für einen Unternehmer in den Strafanstalten in St. Georgen bei Bayreuth 45 und in Straubing 19, zusammen 64 Gefangene beschäftigt, gleich 1,19 Prozent der beschäftigten Gefangenen. Der tägliche Arbeitslohn, den der Unternehmer zu zahlen hatte, belief sich in der einen Anstalt auf 80 Pf., in der anderen auf 90 Pf. Gefertigt werden einfache und billige Rohrstöcke aus Sontinrohr als Massenartikel, die zum größten Teil nach dem Ausland exportiert werden, und von denen das Duzend zu 1 bis 3 M. verkauft wird. Die Herstellung geschieht im Handbetriebe. Die Gefangenen liefern nur Halbfabrikate, deren Fertigstellung dann im Betriebe des betreffenden Unternehmers durch Stodarbeiter und auch Heimarbeiterrinnen geschieht. Diese recht bedeutende Konkurrenz wird mit der Behauptung zu begründen versucht, daß die Übernahme der Arbeiten durch die Strafanstalt den Unternehmer veranlaßt habe, auch in Bayern eine Fabrik zu gründen, die er aber wieder aufgeben würde, falls die Strafanstaltsarbeit für ihn eingestellt würde. (?)

Beisen und Bürsten werden für einen Unternehmer im Gefängnis in Landsberg a. Lech von 56 Gefangenen gefertigt. Auf 100 in der Bürstenfabrikation erwerbstätige freie Personen treffen 0,82 Gefangene. Mittels Handbetrieb, und zum Teil unter Verwendung von Maschinen für Hand- und Fußbetrieb, werden billige Sorten von Reistroh-, Hand- und Rehrbeilen sowie gewöhnliche Bürsten für den Haushalt gefertigt. Der Unternehmer zahlt für jeden ihm zugewiesenen Gefangenen einen Tagelohn von 75 Pf. Abgesetzt werden die Beisen zum Preise von 24 Pf. bis 1 M., die Bürsten von 6 Pf. bis 1,50 M. für das Stück, je nach Größe und Ausführung.

Im Zuchthaus in Straubing werden auch noch 27 Gefangene mit Zusammenbauen von Stühlen für die Stuhlfabrik der Gebr. Sigloch in Plattling beschäftigt, die hierfür einen täglichen Arbeitslohn von 1 M. bezahlt. Als Absatzgebiet wird Süddeutschland angegeben. Die Firma läßt das Holz in ihrer Fabrik auf ihren Maschinen, zum Teil durch Arbeiterinnen, roh bearbeiten und im Zuchthaus fertig bauen. Ferner werden auch noch im Zuchthaus in Ratisheim 14 Gefangene mit Schnitzen von Rahmen bei einem Tagelohn von 70 Pf. beschäftigt. Diese Holzrahmen gehen als billige Massenartikel nach Amerika und den englischen Kolonien. In Deutschland an die Warenversandhäuser und Bezüge in Berlin, Hamburg und die Städte der Rheinlande, Westfalens und Schlesiens, um dort, je nach Qualität, um den Preis von 8 bis 50 Pf. das Stück, verkauft zu werden.

In den 25 größeren Gefängnissen des Landes werden außer den Arbeiten für den Anstaltsbedarf, gleichfalls Gefangene für Unternehmer beschäftigt, so in Landsbut zwei Insassen mit dem Fertigen von Zigaretten, in Fürth ein Schreiner mit Schreinerarbeiten. 38 Gefangene haben im Gefängnis in Frankenthal für einen dortigen Fabrikanten Korbscheiben auszufertigen. Bei einem Tagelohn von 30 Pf. (11) Insgesamt beschäftigten demnach die bayerischen Strafanstalten 287 Insassen in den verschiedenen Zweigen der Holzindustrie für die Unternehmer. Eine recht bedeutende Zahl, die besonders für einzelne Zweige, wie z. B. die Bürstenindustrie, Stock- und Schirmstock- sowie Stuhlfabrikation schon recht wesentlich ins Gewicht fällt. Unter den Gefangenenarbeiten für Unternehmer sind die Handwerker mit durchschnittlich 127 Beschäftigten, für Landwirte mit 187 und für Privatpersonen mit 149 beschäftigten Gefangenen, kommen speziell solche, die mit Holzarbeiten beschäftigt werden, nur vereinzelt in Betracht.

Die Konkurrenz, die von den Strafanstalten einzelnen Zweigen der Holzindustrie gemacht wird, ist, wie aus der Denkschrift ersichtlich, nicht ganz unbedeutend. Es wäre nur zu wünschen, daß unsere Kenntnis von diesen Dingen durch ähnliche Denkschriften aus anderen Bundesstaaten vervollständigt würde. Der bayerischen Regierung wäre der Wegfall der Beschäftigung der Gefangenen für Unternehmer erwünscht; heißt es doch in der Denkschrift: „Der Justizverwaltung wäre es nur angenehm, wenn sie auf die Beschäftigung der Gefangenen für Unternehmer verzichten könnte.“ Sie hat damit keine günstigen Erfahrungen gemacht, da die Herstellung von einfachen Massenartikeln und Halbfabrikaten nicht geeignet ist, anregend auf die Arbeitsfreudigkeit zu wirken. In viel höherem Maße ist die Justizverwaltung von der Beschäftigung der Gefangenen mit land- und forstwirtschaftlichen und ähnlichen Landeskulturarbeiten befreit. Von solchen Arbeiten heißt es: „Die Arbeiten sind anregend, wirken erzieherisch und segensreich und fördern die Arbeitsfreudigkeit der meisten Gefangenen mehr, als die meisten Arbeiten, die sonst in den Strafanstalten verrichtet werden.“ Man muß sich bei solchen Urteilen nur wundern, daß so wenige Insassen der bayerischen Strafanstalten mit Landeskulturarbeiten beschäftigt werden.

Es darf nicht verkannt werden, daß das Problem der Gefangenenbeschäftigung schwer zu lösen ist. Die Forderung, die Strafanstaltsinsassen von jeder gewerblichen Beschäftigung fernzuhalten und sie außer mit den Arbeiten für den eigenen Bedarf der Anstalten, ausschließlich mit Landeskulturarbeiten zu beschäftigen, wird sich kaum ernstlich vertreten lassen. Was wir fordern, ist die Beseitigung der von den Gefängnisverwaltungen ausgehenden Unterbietung der freien Arbeit. Es muß verhindert werden, daß die Produkte der Gefängnisarbeit zu Preisen auf den Markt geworfen werden, mit welchen die freie Arbeit nicht konkurrieren kann. Das System, daß einzelnen Unternehmern die Arbeitskraft von Gefangenen zu einem Preise zur Verfügung gestellt wird, der es ihm gestattet, bedeutend billiger zu liefern, als die Konkurrenz, die nur freie Arbeiter beschäftigen, ist unhaltbar. Den meisten Schaden haben davon die Arbeiter, deren Lohn- und Arbeitsbedingungen dadurch immer weiter herabgedrückt werden. An dem Kampf gegen die Konkurrenz der Gefängnisarbeit sind deshalb auch die Gewerkschaften in hohem Maße interessiert. Dieser Kampf ist nicht aussichtslos. Bei einigem guten Willen wären die Staatsverwaltungen wohl in der Lage, den berechtigten Wünschen auf diesem Gebiete Rechnung zu tragen.

Stimmen zum Verbandstag.

Die Anregungen zum Verbandstag, die bisher zum Ausdruck gekommen sind, beschäftigen sich mit materiellen Dingen, wie Erhöhung oder Neueinführung von Unterstützungen. Ich möchte die Aufmerksamkeit der Kollegen auf andere Dinge lenken, die ebenso wichtig erscheinen, nämlich auf eine bessere geistige Durchbildung der Kollegen. Der Kampf mit dem organisierten Unternehmertum stellt an die Intelligenz der Kollegen höhere Anforderungen. Die jüngeren Kollegen, die jetzt mehr und mehr ins Vordertreffen kommen, müssen alles das, was die älteren seit Bestehen des Verbandes praktisch durchgemacht und dadurch gelernt haben, gewissermaßen nachlernen. Es fehlt aber fast überall an einer systematischen Anleitung, deshalb ist auch die Zahl derer, welche nach vollbrachter Tagesarbeit noch die dazu nötige Lust und Ausdauer haben, viel zu gering. Aber auch im allgemeinen könnte es nicht schaden, wenn die Kollegen mehr mit ideellen und prinzipiellen Fragen vertraut gemacht würden. Die Gewerkschaften vermeiden nun z. B. ängstlich jede Diskussion über den Generalstreik, erklären jedoch denselben für eine der letzten Waffen, welche angewandt werden müssen, wenn wir gezwungen würden, unser bishigen Recht zu verteidigen. Ich kann mir aber nicht denken, wie man mit einer großen Masse eine Sache durchzuführen gedenkt, von deren Wesen und eventuellen Folgen die übergroße Mehrzahl noch herzlich wenig zu hören bekommen hat. Die gelegentlichen Behandlungen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ dürften da wohl doch nicht ganz genügen. Da mündliche Belehrung vor allen Dingen immer überzeugender wirkt, scheint es mir sehr wertvoll, wenn vor allem den mittleren und kleineren Zahlstellen hierbei durch Vermittlung systematisch aufgestellter Vortragskennnen an die Hand gegangen würde. Es könnten dann die Kollegen über alle prinzipiellen und wirtschaftlichen Fragen in die richtige Reihenfolge, das leichtere zuerst und dann das schwierigere, aufgeklärt werden. In dieser Weise könnten die Kollegen auch wohl eher sich den sogenannten „strategischen Ueberblick“ aneignen und Situationen bei Inzenerierung von Lohnbewegungen besser beurteilen. Es liegt dann auch darin eine gewisse Garantie, daß sich die Vorkommnisse der letzten Werftarbeiterbewegung nicht so leicht wiederholen können. Der Werftarbeiter selbst hat wohl bewiesen, daß der Verbandstag auch in

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Spernung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verhandlungsglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Zihsler, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Breslau (Waggonfabrik Vinke-Hofmann-Werke), Finsterwalde (Schwenicke), Gera, N. j. L. (Pianosfabrik Späthe), Graudenz (Schwarz), Grevesmühlen, Rölln, (Akumulatorfabrik G. Hagen), Schönlanke, Lorgelow, Wiltau in Sachsen, Rissen in Holland, Gens. (Otto Seifert), Wiltau i. Sa., Turn-Teplih in Böhmen.

dieser Beziehung irgendwelche Statutenänderungen vornehmen muß. Es kann für die Zukunft nicht angehen, daß der Vorstand, formell gezwungen und gebodt durch das Statut, Beschlüsse zur Durchführung bringen kann, die dem gesunden Rechtsempfinden und Solidaritätsgefühl der Mehrzahl der Arbeiterschaft ins Gesicht schlagen. Carl Saage, Zwickau.

Der Vorschlag des Verbandsvorstandes zur Erweiterung der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung wird unzweifelhaft günstig aufgenommen werden. Ich bin aber der Meinung, daß diese Erweiterung besser dadurch herbeigeführt wird, daß statt der 7. Woche zwei Staffeln mehr eingeführt werden, eine für Mitglieder von sechs Jahren und 11 Mk. pro Woche und eine solche von sieben Jahren und 12 Mk. pro Woche.

Wie wäre es, wenn wir einmal der Frage der Einführung einer Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung näherzutreten würden? Dadurch wären wir in der Lage, zur Zeit der Krise die Kollegen über Wasser zu halten; denn 18 bis 20 Wochen lang müßte diese gewährt werden, und auch dies könnte ohne große Opfer durchgeführt werden.

Mit gemischten Gefühlen habe ich die Einsendungen verschiedener Kollegen zum Verbandstag verfolgt. Was mir die Feder in die Hand zwingt, sind die Ausführungen des Kollegen Schulze-Fürstenberg a. D. Es geht denn doch entschieden zu weit, wenn dieser Kollege so aus dem Handgelenk heraus über unsere angelegten Kollegen den Stab bricht.

Soll die Arbeitslosenunterstützung in höherem Maße, als vom Hauptvorstand vorgeschlagen ist, vorgenommen werden, so kommen wir um eine Beitragserhöhung nicht herum. Im übrigen möchte ich davon abraten, neue oder bedeutendere Unterstellungen einzuführen. Man könnte sonst der Ansicht werden, daß es überflüssig sei, die soziale Gesetzgebung auszubauen, da die Arbeiter sich ja von selbst helfen, wenn die Not an den Mann kommt.

Eine Altersunterstützung innerhalb des Verbandes, wie sie von verschiedenen Seiten vorgeschlagen wird, müßte ganz entschieden abgelehnt werden. Unsere Kollegen,

die sich nach beendeter Lehrzeit dem Verband anschließen und nach einer Mitgliedschaft von 20 bis 30 Jahren noch im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sind, würden es ablehnen, in die Klasse der Rentenbezieher geworfen zu werden. In der Praxis steht es doch so, daß heute noch Tausende unserer Kollegen im Alter von 50 bis 60 Jahren dem Verband zugeführt werden. Ich möchte vorschlagen, für Kollegen, die fünf Jahre dem Verband angehören und nachweisbar durch Alter oder Invalidität unter dem örtlichen Tagelohn verdienen, eine Beitragsklasse von 30 Pf. pro Woche und unter Beibehaltung ihrer vorhergehenden Rechte zu schaffen.

Es ist begreiflich, daß Kollegen, welchen es wegen hohen Alters oder vorhandener Gebrechen nicht möglich war, sich doppelt zu versichern, für den weiteren Ausbau der Krankenunterstützung eintreten. In Orten, wo man nur wenige Tage oder Wochen Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hat, hält man es für angebracht, daß die ersten Tage bezahlt und die Unterstützungsätze erhöht werden. Werden aber die Kollegen öfter und länger von Arbeitslosigkeit betroffen, da hält man es für ratsamer und vorteilhafter, dahin zu streben, die Bezugsdauer auf einige Wochen zu verlängern, und dieser Auffassung kann sich wohl jeder Kollege anschließen; denn wir alle, ohne wenig Ausnahmen, werden wohl in Zukunft damit zu rechnen haben, öfter und längere Zeit arbeitslos zu werden.

Die Vorschläge auf Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung auf neun, zehn oder gar zwölf Wochen, sind nicht annehmbar. Der Antrag des Vorstandes auf sieben Wochen ist wirklich das Äußerste. Gehen wir weiter, so müssen wir die Beiträge erhöhen, und da stoßen wir auf Widerstand. Wenn die Gewerkschaften so großen Nachdruck auf den Ausbau der Unterstützungseinrichtungen legen, dann laufen sie Gefahr ihre Bedeutung als Machtfaktor bei Wirtschaftskämpfen einzubüßen.

Noch ein paar Worte zu der Debatte über die Beamteneinstellung auf dem Verbandstage. Soll es dem Verbandsinteresse entsprechen, daß der Kollege, der, mehrfach geliebt, zum Beamteneinstellung gewählt wurde, der doch zweifellos wertvolle Erfahrungen gesammelt hat, planmäßig vom Verbandstage ferngehalten wird? Die Entwicklung unserer Vertragspolitik geht dahin, daß die entscheidenden Handlungen notwendigerweise in die Hände weniger Personen gelegt werden. Können das andere sein als Verbandsbeamte? Ist es dann aber angebracht, ist es nutzbringend für die Organisation, daß man den Kollegen, die vom Vertrauen der Mitglieder getragen sein müssen, wenn sie Ersprießliches leisten sollen, immer die Kleinsten, egoistischen Gedanken unterstellt? Laden wir doch den Unmut über die mifflischen Verhältnisse nicht auf die Beamten ab, die wir, ob ein Übel oder nicht, haben müssen.

Die Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung und Einführung einer Altersunterstützung werden auf dem diesjährigen Verbandstage wohl eine ausgiebige Diskussion zeitigen. Trotz der Wichtigkeit der beiden Fragen darf aber die noch wichtigere Agitation und Organisation nicht zu kurz kommen. Es ist dringend notwendig, daß der kommende Verbandstag in eingehender Weise diese Frage

behandelt. Das mag von manchem Kollegen als überflüssig, weil selbstverständlich betrachtet werden, aber weil tatsächlich viele Kollegen sich mit dieser Selbstverständlichkeit einfinden, ist heute noch die Zahl der Unorganisierten so groß. Notwendig ist es, daß einmal auf dem Verbandstage über die Behandlung der Indifferenten durch unsere Kollegen gesprochen wird. Den Kollegen muß zur Pflicht gemacht werden, den freundschaftlichen Verkehr mit Indifferenten zu unterlassen. Christian Lehmann, Göttingen.

Es wäre zu wünschen, daß der diesjährige Verbandstag sich eingehend mit den hygienischen Zuständen in den Fabriken und Werkstätten beschäftigt. Der Verbandstag sollte hier die Initiative ergreifen und eine Grundfrage schaffen, auf der man aufbauen kann. Unser „Fachblatt für Solzarbeiter“ könnte hier durch belehrende Artikel und Zeichnungen wirksam eingreifen. Bei Tarifabschlüssen muß diese Frage mit aufgestellt werden. Die Kollegen müssen aufgeklärt werden, daß sie sich dagegen wehren, in irgenbeinen Winkel gestellt zu werden, wo sie frühzeitig zugrunde gehen. Die örtlichen Verwaltungen und die Vertrauensmänner sollen die Leuchte in die Hand nehmen und in alle dunklen Winkel hineinleuchten. Auf diesem unendlich wichtigen Gebiete muß etwas Nützliches geschaffen werden. Friedrich Creutzburg, Stuttgart.

Der Antrag des Hauptvorstandes auf Erweiterung der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung dürfte bei dem größten Teil der Mitglieder mit Befriedigung aufgenommen werden. Der Vorstand hat aber selbst schwere Bedenken gegen eine Schmälerung unseres Kampffonds. Diesen Bedenken muß jeder Kollege, der die Bewegung der letzten Jahre aufmerksam verfolgt hat, beipflichten. Unsere Kämpfe haben riesige Summen gelostet, und es muß damit gerechnet werden, daß künftige Kämpfe noch höhere Anforderungen an unsere Kassen stellen. Dann müssen wir die Garantie haben, eine große Anzahl Kollegen auf längere Zeit über Wasser halten zu können, ohne fremde Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Deshalb kann ich dem Antrag des Hauptvorstandes, die Kosten einer Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung aus dem Kampffonds zu decken, nicht zustimmen. Die Verlängerung um eine Woche ist gleich einem Tropfen auf den heißen Stein; zwei Wochen sollte das Mindeste sein. Nun wirft sich die Frage auf: Woher das Geld nehmen? Bei einer Erhöhung des Beitrages um 5 Pf. würde sich die Mehreinnahme auf ungefähr 400 000 Mark stellen. Bei einigermaßen guten Willen wäre dieses ein gangbarer Weg. Bei Kollegen mit zurückgebliebenen Lohnverhältnissen könnte man auf Wunsch, bei einer gewissen Grenze, von der Erhöhung befreien, ohne deshalb die Unterstützung zu schmälern. Nach Abzug dieser vom Beitrag befreiten Kollegen würde sich die Einnahme, meiner Berechnung nach, immer noch hoch genug stellen, um die Unterstützung auf acht Wochen zu verlängern, ohne daß eine Inanspruchnahme des Kampffonds notwendig wäre. Der Vorschlag des Vorstandes, betreffend die Reiseunterstützung, scheint mir weit genug zu gehen. J. Bauer, Meissen.

Die Diskussion zum Verbandstag beschäftigt sich hauptsächlich mit Unterstützungsfragen. Darin liegt die Gefahr, daß die Organisation an Kampfcharakter verliert. Was die Arbeitslosenunterstützung anlangt, so kann man mit dem Antrag des Vorstandes einverstanden sein. Es muß aber unsere höchste Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß mit der Entwicklung der Technik die Verkürzung der Arbeitszeit gleichen Schritt hält, um so der Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten. Um aber der Arbeitslosigkeit zu steuern, gehört ein starker Kampffonds. Dieser hat in unserem Verband absolut noch nicht die Höhe erreicht, welcher er haben müßte. Auch über die Alters- und Invalidenversicherung läßt sich diskutieren, aber nur vom Standpunkt des Versicherungswesens überhaupt, nur nicht vom gewerkschaftlichen. In dieser Beziehung muß ich mich ganz den Kollegen anschließen, welche für alle Versicherungsbedürfnisse die Volkssorge in Erinnerung bringen. Lassen wir unsere Organisation wieder mehr auf dem Gebiete der Erringung besserer Löhne und Arbeitsverhältnisse tätig sein, damit nicht die meisten, wenn sie kaum aus der Arbeit sind, schon hungern müssen. Mit der Handlungswaise des Vorstandes bei den Lohnbewegungen in letzter Zeit sind viele Kollegen schon lange nicht mehr einverstanden; in dieser Beziehung wird es notwendig sein, ein deutliches Wort zu sprechen. Man kann dem einzelnen keine Schuld geben, denn der einzelne ist abhängig von seiner Umgebung, und trifft demgemäß seine Disposition. Genau so sieht es aus mit dem Beschluß des letzten Verbandstages, nach welchem die Beamteneinstellung auf dem Dresdener Verbandstag endgültig geregelt werden sollen. Wäre der Verbandstag nicht von so vielen Beamten besetzt gewesen, so konnte man absolut nicht dazu kommen, sich auf drei Verbandstagen hintereinander mit Gehaltsregulierungen beschäftigen zu wollen. Angesichts der Lage, in welcher wir uns befinden, glaube ich auch, daß unsere Beamten selbst bis auf günstigere Zeiten die Frage nicht ansprechen. Die Gehälter, wie sie zurzeit gezahlt werden, sind auch wohl als auskömmliche für vorläufig zu bezeichnen. Gehen wir zu, daß wir unseren Kollegen, welche noch mit 20 Mk. und weniger pro Woche nach Hause gehen müssen, erst einmal nachholen. Berwenden wir unsere Beiträge dazu und der Erfolg für die Organisation wird nicht ausbleiben. K. Giesch, Brandenburg a. S.

Kein Kollege wird wollen, daß infolge Ausbaues der Arbeitslosenunterstützung unsere Kampf- und Schlagfertigkeit beeinträchtigt wird. Die Arbeitslosenunterstützung auf die 7. Woche auszuwehnen, wäre ein Problem, das wir eingehend untersuchen müssen, um einen Weg zu finden, der die Kollegenschaft befriedigt. Wir haben jetzt sechs Wochen Arbeitslosen- und 13 Wochen Krankenunterstützung; diese beiden Unterstützungsarten zusammenzuschmelzen, muß das Endziel sein, wonach gestrebt werden muß. Die Wirkung auf die Finanzkraft des Verbandes hier zu untersuchen wäre zweckdienlicher, als eine Reform, die Halbheiten zeitigt und der Kollegenschaft das nicht bringt, was doch alle wollen. Dem Kollegen, der mit sechs Wo-

